



25. September 2009

07.3004 Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen

Entwurf zur Revision des CO₂-Gesetzes

Auswertung der Anhörung

Bundesamt für Energie (BFE)

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	3
1.1	ZUM ANHÖRUNGSVERFAHREN	3
1.2	EINLEITUNG INS THEMA	3
2	BEURTEILUNG.....	4
2.1	GRUNDSÄTZLICHE HALTUNG ALLER GRUPPIERUNGEN	5
2.1.1	Zustimmung zur Teilrevision des CO ₂ -Gesetzes.....	5
2.1.2	Zustimmung zur Teilrevision des CO ₂ -Gesetzes mit Änderungsanträgen	5
2.1.3	Ablehnung der Teilrevision des CO ₂ -Gesetzes, jedoch kompromissbereit.....	6
2.1.4	Ablehnung der Teilrevision des CO ₂ -Gesetzes	6
2.2	AUSWERTUNG DES DER ANHÖRUNG BEIGELEGTE FRAGEBOGENS	7
2.2.1	Wie beurteilen Sie den Zielwert von 130 g CO ₂ /km?	7
2.2.2	Wie beurteilen Sie die vorgeschlagene Höhe der Sanktionen und die Abstufung bis und mit 2018	8
2.2.3	a) Wie beurteilen Sie das Vollzugsmodell insgesamt b) Wie beurteilen Sie die vorgeschlagenen Lösungen für Kleinimporteure und Hersteller kleiner Serien und für Fälle, wo die notwendigen Daten nicht vorhanden sind?.....	10
2.2.4	Wie beurteilen Sie den Vorschlag die Erträge aus der Sanktion gemäss VOC-Abgabe an die Bevölkerung rückzuverteilen?	11
2.2.5	a) Sollen über das vorgeschlagene Modell auch alternative Treibstoffe und Antriebe gefördert werden? b) Sollen die Bestimmungen der EU auf die Schweiz übertragen werden?.....	13
2.2.6	Wie beurteilen Sie das Zertifikatmodell, wie es im Bericht skizziert ist, im Vergleich zum vorgeschlagenen Sanktionsmodell?	13
2.2.7	Weitere Bemerkungen	14
	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	16
	LISTE DER ANHÖRUNGSTeilNEHMER	17

1 Einleitung

1.1 Zum Anhörungsverfahren

Am 12. Februar 2007 hat die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) die Motion 07.3004 eingereicht, die in der Folge von beiden Räten angenommen wurde (NR 21.3.07; SR 4.10.07). Damit wurde der Bundesrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit die durchschnittlichen Emissionen von in der Schweiz neu immatrikulierten Personenwagen sich ab 2012 an den Vorschriften der EU orientieren. Mit Beschluss vom 19. Dezember 2008 hat der Bundesrat diese Gesetzesänderung als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative „für menschenfreundlichere Fahrzeuge“ bestimmt.

Da im Rahmen der Vernehmlassung zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes, welche vom 5. Dezember 2008 bis zum 17. März 2009 durchgeführt wurde, bereits die Gelegenheit bestand, unter anderem auch zur Frage der CO₂-Emissionsvorschriften für neu immatrikulierte Personenwagen Stellung zu nehmen, konnte auf eine erneute Vernehmlassung verzichtet werden. Zu dieser Motion wurde deshalb lediglich eine Anhörung durchgeführt.

1.2 Einleitung ins Thema

Zur Unterstützung der Energie-, Klima- und Umweltpolitik des Bundes sollen die CO₂-Emissionen von neu immatrikulierten Fahrzeugen in der Schweiz stärker als der technologische Fortschritt abgesenkt werden und sich an den Zielen der EU orientieren. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen von neu immatrikulierten Fahrzeugen bis 2015 auf 130 g/km zu senken. Die Schweiz soll denselben Zielwert erreichen und zwar durch ein System, welches die Fahrzeugimporteure zur Bezahlung einer Sanktion verpflichtet, wenn die durchschnittlichen CO₂-Emissionen der neu immatrikulierten Fahrzeuge über dem Zielwert liegen. Die Schweiz startet von einem höheren Ausgangspunkt, was im Vergleich zur EU höhere Ansätze zur Berechnung der Sanktion bedingt. Der Anteil der betrachteten Fahrzeugflotte und die Sanktionshöhe werden dabei bis ins Jahr 2015 respektive 2019 sukzessive erhöht. Über das Bilden von Emissionsgemeinschaften besteht für die Importeure die Möglichkeit, sich zusammenzuschliessen und so das Ziel gemeinsam zu erreichen. Importeure, die den Zielwert durchschnittlich unterschreiten, erhalten durch das Pooling die Möglichkeit, ihre Effizienzanstrengungen abgelten zu lassen.

2 Beurteilung

Tabelle 1. Gruppierung der Anhörungsteilnehmer

	Eingeladen	Eingegangene Stellungnahmen	Zusätzlich eingegangene Stellungnahmen
Kantone und Kantonskonferenzen	26	25	-
kantonale Konferenzen und Vereinigungen	15	4	-
Umweltorganisationen	3	3	1
Konsumentenorganisationen	4	2	-
Verkehrs- und Automobilverbände	8	7	6
Fahrzeughersteller	-	-	3
Energiepolitische Organisationen	4	2	-
Parteien	-	-	4
Wirtschaftsverbände	-	-	4
Übrige	3	1	4
Total	63	44	22

Tabelle 2. Gesamtbeurteilung durch die Anhörungsteilnehmer

	Ein- gegangen	JA	JA, aber	NEIN, aber	NEIN	Enthaltung
Kantone und Kantonskonferenzen	25	11	14	-	-	-
kantonale Konferenzen und Vereinigungen	4	3	1	-	-	-
Umweltorganisationen	4	-	-	4	-	-
Konsumentenorganisationen	2	-	2	-	-	-
Verkehrs- und Automobilverbände	13	-	4	9	-	-
Fahrzeughersteller	3	-	2	1	-	-
Energiepolitische Organisationen	2	1	-	1	-	-
Parteien	4	1	3	-	-	-
Wirtschaftsverbände	4	-	2	1	1	-
Übrige	5	3	1	-	1	-
Total	66	19	29	16	2	-

Legende:

JA:	Zustimmung in vollem Umfang
JA, aber:	Zustimmung mit Änderungsanträgen
NEIN, aber:	Ablehnung, jedoch zu Kompromiss bereit
NEIN:	Ablehnung

2.1 Grundsätzliche Haltung aller Gruppierungen

2.1.1 Zustimmung zur Teilrevision des CO₂-Gesetzes

Einer Zustimmung zur geplanten Teilrevision des CO₂-Gesetzes haben 19 Anhörungsteilnehmer entsprochen.

Kantone: LU, TG, AG, SG, OW, ZH, BL, FR, AI, BS, NW

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: asa, BPUK, EnDK,

Energiepolitische Organisationen: AEE

Parteien: CVP

Übrige: IG BioE, VSG, Stadt Zürich

insgesamt 19 Stellungnahmen

2.1.2 Zustimmung zur Teilrevision des CO₂-Gesetzes mit Änderungsanträgen

Einer Zustimmung zur geplanten Teilrevision des CO₂-Gesetzes mit dem Vorschlag, einen Anpassungsmechanismus der Sanktionshöhe bei Zielverfehlung einzuführen, haben folgende Stellungnahmen entsprochen.

Kantone: SO, VS, SH, GR, GE, GL, BE, AR, UR, VD, NE

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air

Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

Verkehrs- und Automobilverbände: VCS

Parteien: SPS, Grünliberale

Übrige: SSV

insgesamt 18 Stellungnahmen

Einer Zustimmung zur geplanten Teilrevision des CO₂-Gesetzes mit dem Vorschlag, das Vollzugsmodell in verschiedenen Bereichen stärker an die EU anzugleichen (z.B. Sanktionshöhe, Regelung für Kleinimporteure), haben folgende Stellungnahmen entsprochen.

Kantone: SZ, TI

Verkehrs- und Automobilverbände: EcoCar, e'moblile, TCS

Autohersteller: Jaguar/Land Rover, Porsche, Ferrari

Wirtschaftsverbände: Centre Patronal

insgesamt 9 Stellungnahmen

Einer Zustimmung zur geplanten Teilrevision des CO₂-Gesetzes mit dem Vorschlag, den Zielwert von 2015 auf 120 g CO₂/km zu senken, haben folgende Stellungnahmen entsprochen.

Kantone: VS, SH, GE, GL, AR, UR

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air

Verkehrs- und Automobilverbände: VCS

Parteien: SPS, Grünliberale, GPS

Übrige: SSV

insgesamt 12 Stellungnahmen

Einer Zustimmung zur geplanten Teilrevision des CO₂-Gesetzes mit dem Vorschlag, ein langfristiges Ziel von 95 g CO₂/km bzw. 80 g CO₂/km bis 2020 einzuführen, haben folgende Stellungnahmen entsprochen.

Referenz/Aktenzeichen: BFE

Kantone: GL, BE, AR, JU, UR

Kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air

Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

Parteien: SPS, Grünliberale

Übrige: SSV

insgesamt 11 Stellungnahmen

Einer Zustimmung zur geplanten Teilrevision des CO₂-Gesetzes mit dem Vorschlag, den Spezialfall Schweiz (Topographie, geringer Dieselanteil, keine Möglichkeit zum Ausgleich mit anderen EU-Staaten) zu berücksichtigen, haben folgende Stellungnahmen entsprochen.

Wirtschaftsverbände: FER

insgesamt 1 Stellungnahme

2.1.3 Ablehnung der Teilrevision des CO₂-Gesetzes, jedoch kompromissbereit

Für eine Teilrevision des CO₂-Gesetzes, jedoch nur bei Korrektur des Zielwertes nach unten (120 g CO₂/km bis 2015), der Festlegung eines langfristigen Ziels (80 g CO₂/km bis 2020) und der Verwendung eines zielgenauen Zertifikatesystems bzw. eines Sanktionsmodells mit automatischer Anpassung der Sanktion bei Zielverfehlung, sprechen sich folgende Anhörungsteilnehmer aus.

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

insgesamt 5 Stellungnahmen

Für eine Teilrevision des CO₂-Gesetzes, jedoch nur bei einer Fristerstreckung um 5 Jahre, d.h. mit Zielwert 130 g CO₂/km bis 2020, sprechen sich folgende Anhörungsteilnehmer aus.

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Lichtenstein, strassschweiz, ACS, swiss automotive, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

Autohersteller: Porsche

Wirtschaftsverbände: SGV

insgesamt 11 Stellungnahmen

2.1.4 Ablehnung der Teilrevision des CO₂-Gesetzes

Generell abgelehnt wird der Vorschlag zur Teilrevision des CO₂-Gesetzes von folgenden Anhörungsteilnehmern.

Wirtschaftsverbände: economiesuisse

Übrige: SAB

insgesamt 2 Stellungnahmen

Argumente für ein Nein:

Durch die gebirgige Topographie und den daraus begründeten hohen 4x4-Anteil, die höhere Kaufkraft und den geringeren Anteil an Dieselfahrzeugen muss die Schweiz im Vergleich zu den EU-Staaten als Sonderfall betrachtet werden. Zudem steht die Schweiz isoliert da, während die EU-Staaten ein Durchschnittsziel erreichen müssen und somit ihre Emissionen gegenseitig verrechnen können. Die schlechteren Voraussetzungen für die Schweiz und der zusätzliche Rückstand im politischen Prozess um 2-3 Jahre führen dazu, verunmöglichen es, die Ziele gleichzeitig mit der EU zu erreichen.

Referenz/Aktenzeichen: BFE

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Lichtenstein, strassschweiz, ACS, swiss automotive, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

Autohersteller: Porsche

Wirtschaftsverbände: SGV

insgesamt 11 Stellungnahmen

Ein Sanktionsmodell garantiert die sichere Zielerreichung nicht. Deshalb wird ein zielgenaues Zertifikatesystem oder zumindest ein Sanktionssystem, bei welchem die Sanktionshöhen bei Nichtzielerreichung automatisch angepasst werden, dem vorgeschlagenen Modell vorgezogen. Zudem sei das eigentliche Ziel der EU 120 g CO₂/km, was auch in der Schweiz gelten müsse. Die Schweiz habe die emissionsreichste Personenwagenflotte von ganz Europa, weshalb sie zukünftig mehr zur CO₂-Reduktion im Personenwagenbereich beitragen sollte als andere Länder. Ein langfristiges Ziel von 80 g CO₂/km bis 2020 wird deshalb gefordert.

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

insgesamt 5 Stellungnahmen

Die Teilrevision des CO₂-Gesetzes führt zur Einführung einer neuen Steuer, und es besteht die Gefahr von Überregulierung.

Wirtschaftsverbände: economiesuisse

insgesamt 1 Stellungnahme

Berggebiete werden benachteiligt, weil sie auf stärker motorisierte Fahrzeuge angewiesen sind.

Übrige: SAB

insgesamt 1 Stellungnahme

2.2 Auswertung des der Anhörung beigelegten Fragebogens

2.2.1 Wie beurteilen Sie den Zielwert von 130 g CO₂/km?

Mit dem Zielwert einverstanden.

Kantone: LU, SO, SZ, TG, AG, SG, ZH, GR, BL, FR, TI, BE, AI, BS, JU, VD, NW, NE

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: BPUK, EnDK

Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

Verkehrs- und Automobilverbände: EcoCar, e'mobile, TCS

Parteien: CVP

Wirtschaftsverbände: Centre Patronal

Übrige: Stadt Zürich, VSG

insgesamt 29 Stellungnahmen

Verlangt/vorgeschlagen wird eine Senkung des Zielwertes auf 120 g CO₂/km.

Kantone: VS, SH, GE, GL, AR, UR

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air

Verkehrs- und Automobilverbände: VCS

Parteien: SPS, Grünliberale, GPS

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Übrige: SSV

insgesamt 17 Stellungnahmen

Verlangt/vorgeschlagen wird ein langfristiges Ziel von 80 bzw. 95 g CO₂/km bis 2020.

Kantone: GL, BE, AR, JU, UR

Kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air

Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

Parteien: SPS, Grünliberale

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Übrige: SSV

insgesamt 16 Stellungnahmen

Verlangt/vorgeschlagen wird eine Fristverlängerung zur Erfüllung des Zielwertes 130 g CO₂/km bis 2020.

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Lichtenstein, strassschweiz, ACS, swiss automotive, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

Autohersteller: Porsche

Wirtschaftsverbände: SGV, FER

insgesamt 12 Stellungnahmen

Vorschlag, dass Zielwerte für Diesel- und Benzinfahrzeuge unterschiedlich sind.

Kantone: VS

insgesamt 1 Stellungnahme

Vorschlag, dass Zielwerte auch für Lieferwagen bis 3500 kg gelten.

Kantone: BS, BL

Übrige: Stadt Zürich

insgesamt 3 Stellungnahmen

Vorschlag, dass Massnahmen erst eingeführt werden, falls im Jahr 2015 die Schweiz noch von der EU abweicht.

Übrige: SAB

insgesamt 1 Stellungnahme

2.2.2 Wie beurteilen Sie die vorgeschlagene Höhe der Sanktionen und die Abstufung bis und mit 2018?

Mit der Sanktionshöhe einverstanden.

Kantone: SO, AG, SG, VS, GR, BL, GL, FR, BE, AR, AI, BS, SO, UR, NW, NE

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercle Air,

Verkehrs- und Automobilverbände: VCS

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Parteien: SPS, Grünliberale, CVP, GPS

Übrige: Stadt Zürich, SSV

insgesamt 29 Stellungnahmen

Sanktion soll nicht höher als in der EU sein.

Kantone: LU, SZ, ZH, TI, VD

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: BPUK, EnDK

Verkehrs- und Automobilverbände: EcoCar, e'mobile, strasseschweiz

Autohersteller: Jaguar/Land Rover, Ferrari

Wirtschaftsverbände: Centre Patronal

Übrige: SGV, SAB

insgesamt 15 Stellungnahmen

Verlangt/vorgeschlagen wird ein Mechanismus zur Anpassung der Sanktionshöhe bei Zielverfehlung

Kantone: SO, SG, VS, SH, ZH, GR, GE, GL, BE, AR, AI, UR, NW, NE

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercle Air, BPUK, EnDK

Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

Verkehrs- und Automobilverbände: VCS

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Parteien: SPS, Grünliberale

Übrige: Stadt Zürich, SSV

insgesamt 29 Stellungnahmen

Anschreibepflicht wird begrüsst.

Kantone: SH, GR, BL, GL, AR, AI, BS, NW

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercle Air

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Parteien: SPS

Übrige: SSV

insgesamt 16 Stellungnahmen

Eine Anschreibepflicht sei mangels Vorkenntnissen nicht durchführbar.

Verkehrs- und Automobilverbände: strasseschweiz, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

insgesamt 4 Stellungnahmen

Reduzierte Sanktionssätze für die ersten drei Gramm werden abgelehnt.

Umweltverbände: Stopp-Offroader-Initiativkomitee

Parteien: GPS

insgesamt 2 Stellungnahmen

Sanktionen sind inakzeptabel.

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Lichtenstein

Autohersteller: Porsche

Wirtschaftsverbände: economiesuisse

insgesamt 5 Stellungnahmen

Statt der vorgeschlagenen Sanktionen wird eine Verpflichtung zur finanziellen Kompensation nach Massgabe des monetären Gegenwerts der überschreitenden CO₂-Menge verlangt.

Verkehrs- und Automobilverbände: ACS

insgesamt 1 Stellungnahme

Verlangt wird ein Modell, welches sich an den CO₂-Vermeidungskosten der Schweiz orientiert.

Verkehrs- und Automobilverbände: TCS

insgesamt 1 Stellungnahme

Verlangt werden positive Anreize durch den Abbau der Importsteuer für Fahrzeuge, welche den Zielwert erreichen.

Verkehrs- und Automobilverbände: ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

insgesamt 3 Stellungnahmen

- 2.2.3 a) Wie beurteilen Sie das Vollzugsmodell insgesamt?**
b) Wie beurteilen Sie die vorgeschlagenen Lösungen für Kleinimporteure und Hersteller kleiner Serien und für Fälle, wo die notwendigen Daten nicht vor handen sind?

Das Vollzugsmodell und die Lösungen für Kleinimporteure und für die Fälle, wo die nötigen Daten nicht vorhanden sind, werden als zweckmässig angesehen.

Kantone: LU, SO, SZ, AG, VS, SH, ZH, GR, GE, BL, GL, FR, TI, BE, AR, AI, JU, UR, VD, NW, NE

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air, BPUK, EnDK

Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

Verkehrs- und Automobilverbände: EcoCar, e'mobile, ACS, VCS, TCS

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Parteien: SPS, Grünliberale, CVP

Übrige: Stadt Zürich, VSG

insgesamt 41 Stellungnahmen

Um alle Fahrzeuge abzuschöpfen, sollte der festgelegte Emissionswert für Personenwagen ohne Emissionsdaten mehr als 300 g CO₂/km betragen (bis zu 500 g CO₂/km). Es gibt einige Fahrzeugtypen, welche mehr als 300 g CO₂/km emittieren und diese dürfen nicht bevorteilt werden.

Verkehrs- und Automobilverbände: TCS

Umweltverbände: Stopp-Offroader-Initiativkomitee

Parteien: GPS

insgesamt 3 Stellungnahmen

Damit die Motion „europakompatibel“ umgesetzt wird, sollte man mit dem Durchschnittsgewicht der EU-Personenwagenflotte rechnen und nicht mit dem Durchschnittsgewicht der CH-Flotte.

Verkehrs- und Automobilverbände: strasseschweiz, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

Wirtschaftsverbände: Centre Patronal

insgesamt 5 Stellungnahmen

Vorschlag einer allgemeinen Emissionsgemeinschaft, an der sich alle Einzelhändler anschliessen müssen.

Kantone: GR, BL, GL, AI
Übrige: SSV

insgesamt 5 Stellungnahmen

Für die kantonalen Strassenverkehrsämter wird ein grosser Mehraufwand entstehen, welcher vom Bund abgegolten werden muss. Um den Mehraufwand gering zu halten, ist eine breit angelegte Informationskampagne wichtig und der Bund sollte sich um die Spezialfälle kümmern.

Kantone: TG, AG, SG, BL, FR, BS, JU, UR
kantonale Konferenzen und Vereinigungen: asa

insgesamt 9 Stellungnahmen

Die EU hat eine Spezialregelung für Hersteller, die weniger als 10'000 Fahrzeuge pro Jahr produzieren. Diese werden von der allgemeinen Zielwerterreichung ausgeschlossen und müssen ihre Emissionen bis 2015 um 25% senken. Diese Spezialregelung soll auch angemessen im Schweizer Modell implementiert werden. Nur 50 Fahrzeuge seien zu wenig, um als Kleinimporteur zu gelten.

Verkehrs- und Automobilverbände: ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse
Autohersteller: Ferrari, Jaguar/Land Rover, Porsche

insgesamt 6 Stellungnahmen

Ökoinnovationen sollten in der Schweiz auch angerechnet werden können.

Verkehrs- und Automobilverbände: strasseschweiz, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

insgesamt 4 Stellungnahmen

„Ungebundene“ Importeure dürfen gegenüber Markenimporteuren nicht bevorteilt werden.

Verkehrs- und Automobilverbände: strasseschweiz, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

insgesamt 4 Stellungnahmen

Personenwagen sollten nur bei Nachweis der CO₂-Emissionen immatrikuliert werden dürfen.

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Liechtenstein, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse
Wirtschaftsverbände: SGV

insgesamt 7 Stellungnahmen

Personenwagen, deren Neuzulassung im Ausland weniger als drei Monate vor der Zulassung in der Schweiz erfolgt, sollten als Neuwagen betrachtet werden.

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Liechtenstein, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse
Wirtschaftsverbände: SGV

insgesamt 7 Stellungnahmen

2.2.4 Wie beurteilen Sie den Vorschlag, die Erträge aus der Sanktion gemäss VOC-Abgabe an die Bevölkerung rückzuverteilen?

Der Vorschlag wird begrüsst.

Kantone: LU, SO, SZ, TG, VS, OW, SH, ZH, GR, BL, GL, FR, TI, BE, AR, AI, BS, UR, VD, NW, NE
kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air, BPUK, EnDK
Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

Referenz/Aktenzeichen: BFE

Verkehrs- und Automobilverbände: VCS

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Parteien: SPS, Grünliberale, CVP, GPS

Übrige: VSG, SSV

insgesamt 38 Stellungnahmen

Einnahmen sollten für eine Verschrottungsprämie beim Ersatz des alten Autos (älter als 13 Jahre) durch ein neues der Energieeffizienzklasse A oder B verwendet werden (vgl. Motion 09.3178)

Wirtschaftsverbände: Centre Patronal

insgesamt 1 Stellungnahme

Bei Einnahmen unter 100 Millionen Franken sollten die Sanktionen für die Förderung alternativer Antriebe und Treibstoffe verwendet werden. Bei Einnahmen von mehr als 100 Millionen Franken sollten die Sanktionen an die Bevölkerung rückverteilt werden.

Kantone: AG

insgesamt 1 Stellungnahme

50 Prozent der Einnahmen sollten für Massnahmen zur CO₂-Reduktion analog der Erträge aus dem freiwilligen Klimarappen und 50 Prozent für den Ausbau und Unterhalt der Nationalstrassen verwendet werden. Dadurch könnten vollumfänglich Projekte zur CO₂-Reduktion im In- und Ausland realisiert werden

Wirtschaftsverbände: SGV

insgesamt 1 Stellungnahme

Mit den Einnahmen sollten technische Entwicklungen für umweltschonende Mobilität unterstützt werden.

Kantone: SG

insgesamt 1 Stellungnahme

Fahrzeuge mit neuen Antriebstechnologien sollten vergünstigt werden.

Verkehrs- und Automobilverbände: EcoCar, e'mobile

insgesamt 2 Stellungnahmen

Die Sanktionen sollten analog der Einnahmen aus dem Klimarappen verwendet werden.

Verkehrs- und Automobilverbände: ACS, TCS

insgesamt 2 Stellungnahmen

Sanktionen sollten für Informationskampagnen und die Sensibilisierung der Automobilisten verwendet werden mit dem Ziel, ökologische Kriterien beim Fahrzeugkauf wie auch bezüglich des Mobilitätsverhaltens in den Vordergrund zu rücken.

Kantone: GE

insgesamt 1 Stellungnahme

2.2.5 a) Sollen über das vorgeschlagene Modell auch alternative Treibstoffe und Antriebe gefördert werden?
b) Sollen die Bestimmungen der EU auf die Schweiz übertragen werden?

Alternative Treibstoffe und Antriebe werden bereits durch tiefere Besteuerung bzw. Befreiung von der Mineralölsteuer gefördert. Eine weitere Förderung durch diese Vorlage wird deshalb abgelehnt. Bestimmungen der EU, die den besonderen Umständen gewisser Mitgliedstaaten Rechnung tragen, sollten nicht auf die Schweiz übertragen werden, denn für die Schweiz sind diese Umstände irrelevant.

Kantone: SO, TG, AG, SG, VS, SH, ZH, GR, GE, BL, GL, FR, BE, AR, AI, NW

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air

Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroad-Initiativkomitee, écologie libéral

Parteien: SPS, Grünliberale, GPS

Übrige: Stadt Zürich, Schweizerischer Städteverband

insgesamt 28 Stellungnahmen

Alternative Treibstoffe sollen gefördert werden, sofern die Verarbeitung von Grundnahrungsmitteln zu Treibstoff ausgeschlossen ist und die Anliegen des CO₂-Gesetzes nicht tangiert werden). Die EU-Bestimmungen sollen aber nicht auf die Schweiz übertragen werden.

Kantone: LU, SZ, UR

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: BPUK, EnDK

Verkehrs- und Automobilverbände: VCS, TCS

Energiepolitische Organisationen: AEE

Übrige: IG BioE

insgesamt 9 Stellungnahmen

Beide Fragen sollten bejaht werden, um „eurokompatibel“ zu bleiben.

Kantone: OW, TI, BS, JU, VD

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Liechtenstein, EcoCar, e'mobile, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse

Autohersteller: Ferrari, Porsche

Wirtschaftsverbände: Centre Patronal, SGV

insgesamt 17 Stellungnahmen

Personenwagen mit einem Ausstoss von weniger als 50 g CO₂/km sollten gefördert werden.

Kantone: SG

insgesamt 1 Stellungnahme

2.2.6 Wie beurteilen Sie das Zertifikatmodell, wie es im Bericht skizziert ist, im Vergleich zum vorgeschlagenen Sanktionsmodell?

Zertifikatmodell ist ein interessanter Ansatz, jedoch nur bedingt praxistauglich.

Kantone: LU, SO, SZ, TG, AG, SG, VS, OW, SH, ZH, GR, GE, BL, GL, FR, TI, AR, AI, BS, JU, NW, NE

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air

Verkehrs- und Automobilverbände: EcoCar, e'mobile, TCS

Übrige: SSV

insgesamt 27 Stellungnahmen

Ein Zertifikatesystem wird strikt abgelehnt. Es ist zu kompliziert, aufwändig und läuft zudem auf eine Marktbeschränkung hinaus.

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Liechtenstein, ASTAG, Car
Tourisme Suisse, taxisuisse

Autohersteller: Porsche

Wirtschaftsverbände: Centre Patronal, SGV

insgesamt 9 Stellungnahmen

Einem zielgenauen Zertifikatmodell steht man klar positiv gegenüber, und es wird dessen Einführung gefordert. Das Sanktionsmodell sei höchstens eine Alternative, falls es einen Anpassungsmechanismus für die Sanktionshöhe bei Zielverfehlung gebe.

Verkehrs- und Automobilverbände: VCS

Umweltverbände: Greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativkomitee, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Parteien: SPS, Grünliberale

insgesamt 8 Stellungnahmen

Das Zertifikatesystem sollte dann verfeinert und eingeführt werden, wenn das Sanktionsmodell nicht die gewünschte Wirkung zeigt.

Kantone: BE

insgesamt 1 Stellungnahme

2.2.7 Weitere Bemerkungen

Weitere Projekte (Umweltetikette, Bonus-Modell) sind mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf zu koordinieren. Es sollen durchwegs dieselben Bemessungsgrundlagen verwendet werden, und die periodische Anpassung der Beurteilungskriterien hat jährlich zeitgleich mit der Überprüfung der Zielvorgabe gemäss CO₂-Gesetz zu erfolgen.

Kantone: SG, SH, BL, GL, AI, BS, NW

kantonale Konferenzen und Vereinigungen: Cercl Air

Übrige: SSV

insgesamt 9 Stellungnahmen

CO₂-Abgabe auf Benzin wird nach wie vor als das sinnvollste und wirkungsvollste Instrument im Hinblick auf die Reduktion des CO₂-Ausstosses des Personenwagenverkehrs erachtet.

Parteien: Grünliberale

Übrige: Stadt Zürich

insgesamt 2 Stellungnahmen

Klimarappen soll die einzige Massnahme zur Verminderung der CO₂-Belastung bleiben, und die realisierten CO₂-Reduktionen sollten angerechnet werden können.

Wirtschaftsverbände: SGV

insgesamt 1 Stellungnahme

Eine Arbeitsgruppe soll gebildet werden, um eine geeignete schweizerische Lösung zu finden.

Referenz/Aktenzeichen: BFE

Verkehrs- und Automobilverbände: auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion St. Gallen – Appenzell und Liechtenstein, ASTAG, Car
Tourisme Suisse, taxisuisse

Autohersteller: Porsche

Wirtschaftverbände: SGV

insgesamt 8 Stellungnahmen

Die indirekten finanziellen Auswirkungen werden zu wenig aufgezeigt.

Kantone: ZH

insgesamt 1 Stellungnahme

Einführung des Gesetzes schon ab 2011.

Umweltverbände: WWF, écologie libéral

Energiepolitische Organisationen: SES

Konsumentenorganisationen: Konsumentenforum, acsi

insgesamt 5 Stellungnahmen

Abkürzungsverzeichnis

asa	Vereinigung der Strassenverkehrsämter
ACS	Autoclub Schweiz
acsi	Associazione consumatrici e consumatori della svizzera italiana
AEE	Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz
AGVS	Auto Gewerbe Verband Schweiz
ASTAG	Schweizerischer Nutzfahrzeugverband
BPUK	Schweiz. Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz
EnDK	Konferenz Kantonalen Energiedirektoren
FER	Fédération des Entreprises Romandes
IG BioE	Interessensgemeinschaft Schweizer BioEthanol
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
SES	Schweizerische Energie-Stiftung
SGV	Dachorganisation der Schweizer KMU
SSV	Schweiz. Städteverband
TCS	Touring Club Schweiz
VCS	Verkehrsclub Schweiz
VSG	Verband der Schweizerischen Gasindustrie

Liste der Anhörungsteilnehmer

Kantone:	LU, TG, AG, SG, OW, ZH, BL, FR, AI, BS, SO, SZ, VS, SH, GR, GE, GL, BE, TI, AR, JU, UR, VD, NW, NE
Kantonale Konferenzen und Vereinigungen:	asa, BPUK, EnDK, Cercl Air
Konsumentenorganisationen:	konsumentenforum, acsi
Umweltverbände:	greenpeace, WWF, Stopp-Offroader-Initiativekomitee, écologie libéral
Verkehr- und Automobilverbände:	auto-schweiz, AGVS, AGVS Sektion SG AI/AR FL, strassschweiz, ACS, swiss automotive, ASTAG, Car Tourisme Suisse, taxisuisse, EcoCar, e'mobile, VCS, TCS
Autohersteller:	Jaguar/Land Rover, Ferrari, Porsche
Energiepolitische Organisationen:	AEE, SES
Parteien:	SPS, Grünliberale, CVP, GPS
Wirtschaftsverbände:	Centre Patronal, Fédération des Entreprises Romandes, economiesuisse
Übrige:	IG BioE, VSG, Stadt Zürich, schweizerischer Städteverband, SAB, sgV (Dachorganisation der Schweizer KMU)